

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Die Stadt Linz ist am Finanzmarkt gescheitert

Am 1. Mai wettete SPÖ-Landeschef Ackerl von der Tribüne am Hauptplatz gegen die Spekulanten. Was dachte sich dabei wohl der neben Ackerl stehende Finanzstadtrat Mayr?

Offiziell wusste Mayr angeblich nichts von den riskanten SWAP-Geschäften der Stadt mit der BAWAG. Als Bauernopfer wurde dafür der Finanzdirektor abgelöst.

Bereits im Juni 2004 hatte sich der Gemeinderat selbst entmächtigt und die Finanzverwaltung beauftragt, ein Schulden-Management zur Umschichtung der Darlehen der Stadt

vorzunehmen.

Das erfolgte in Form von Spekulationen auf den Kurs des Schweizer Francs. Bis zur Finanzkrise ging das gut, dann folgte der Absturz.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Die Armut ist weiblich

Es lohnt sich einen Blick in den ersten Linzer Frauenbericht zu werfen.

Schwarz auf weiß ist darin festgehalten, was den Linzerinnen das Leben schwer macht. Frauen verdienen im Schnitt um 32 Prozent weniger als Männer. Alleinerzieherinnen, prekär beschäftigte Frauen, Migrantinnen und Pensionistinnen

haben ein größeres Armutsrisiko. Die Anzahl von Sozialhilfebezieherinnen in Linz ist stark steigend.

Die Stadtpolitik ist männlich

52,5 Prozent der Linzer Wohnbevölkerung sind Frauen. Ihre Teilhabe an der Stadtpolitik ist aber unterrepräsentiert. Das muss sich ändern, um für Frauen was zu bewegen.

Wie geht Linz mit „braunen Flecken“ um?

Abgelehnt wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ der Antrag von Gemeinderätin Gerlinde Grönn für ein Konzept für einen kritischen Umgang mit Denkmälern, Verkehrsflächen oder öffentlichen Gebäuden mit einem faschistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Bezug.



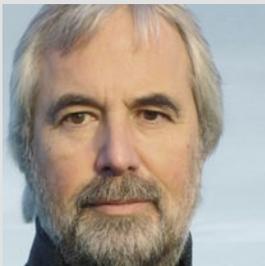
Helmut Rinner EDV-Techniker

Es ist ärgerlich, bei jedem Spaziergang im Donaupark mit dem in Leni-Riefenstahl-Ästhetik gehaltenen „Pionierdenkmal“ konfrontiert zu werden. Ich verstehe nicht, warum in Linz noch immer Denkmäler herumstehen, die vom austrofaschistischen System in Auftrag gegeben wurden und noch dazu von illegalen Nationalsozialisten geschaffen wurden.



Margit Kain Pensionistin

66 Jahre nach Ende der NS-Herrschaft ist man in Linz zwar stolz, schon viel an Aufarbeitung geleistet zu haben, aber immer noch gibt es provokante Straßennamen und Denkmäler. Im Sinne der Aufklärung wäre es auch notwendig, weiße Flecken zu beseitigen, die den antifaschistischen Kampf zwischen 1934 und 1945 verschweigen.



Ludwig Laher Schriftsteller

Höchst bedauerlich, dass selbst die SPÖ immer noch meint, die Nazis wären vom Himmel gefallen. Leute wie Stelzhamer haben den ideologischen Weg bereitet, sie waren nicht bloß Kinder ihrer Zeit, sondern außergewöhnlich radikal. Den Volksgarten neu zu gestalten, ohne darauf hinzuweisen, ist völlig absurd.

Teuer und gefährlich

Die Linzer Stadtwache auflösen statt ausbauen

Der Landtag hat im März ein Bettelverbot beschlossen. In diesem unmenschlichen und unsozialen Gesetz steht auch, dass ganz normale Aufsichtsorgane, wie die berühmten Parksheriffs oder die Linzer Stadtwache, zur Überwachung des Bettelverbots bestellt werden können.

Menschen kontrollieren, festnehmen und strafen dürfen somit Organe die nicht dafür ausgebildet sind und auch verfassungsrechtlich gar keine polizeilichen Aufgaben

wahrnehmen dürfen. Der Verfassungsgerichtshof wird deshalb das Bettelverbot jetzt prüfen.

„Law and Order“-Spirale

Die BürgerInneninitiative hat schon vor der Einführung der Stadtwache vor dieser „Law and Order“-Spirale gewarnt. Es fängt klein und scheinbar unbedenklich an. Danach werden immer mehr Befugnisse, Personal und sogar Bewaffnung für die Stadtwache gefordert. Eine gefährliche Entwicklung!



Michael Schmida

ist Lehrer und beteiligt sich an der BürgerInneninitiative Linz braucht keine Stadtwache

Keine Mehrheit für Wirtshaussteuer

Die vormalige Gewerkschaftsbank, jetzt einem US-Finanzhai gehörende BAWAG kennt keine Gnade: Halbjährlich wird das SWAP-Geschäft abgerechnet und die Stadt muss angesichts gestiegener Franken-Kurse Millionen blechen - bis 2017.



Im April zog der Gemeinderat die Notbremse und beschloss einstimmig eine Klage gegen die BAWAG um aus dem Finanzdebakel herauszukommen: „Gegen eine Bestrebung, die Stadt regelrecht zu berauben muss man sich natürlich zur Wehr setzen. Denn anders als ein Raub ist wohl nicht zu interpretieren, wenn für 135 Millionen Euro Kredit bis zu 264 Millionen Euro Zinsen zu leisten sind“, so KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grönn.

Wie schon bei den Cross-Border-Leasing-Verträgen zeigt die Misere der SWAP-Geschäfte, dass die Finanzierung öffentlicher Aufgaben über den Kapitalmarkt nicht funktioniert, ja im Gegenteil mit dem Risiko enormer

Verluste von Steuergeldern verbunden ist.

Transparenz und Kontrolle

Die Verlagerung schwerwiegender Entscheidungen aus dem Gemeinderat erweist sich als Fehler. Transparenz und öffentliche Debatten über die Risiken solcher Geschäfte hätten vielleicht eine frühere Abkehr bewirkt. Daher ist die Stärkung der Kontrollfunktion des Gemeinderates unabdingbar.

Der Hintergrund warum sich die Stadt auf so windige Geschäfte eingelassen hat ist die allgemeine Finanzkrise der Gemeinden und das Korsett der EU-Maastricht-Kriterien für das Budget. Daher versuchte die SPÖ auch eine Alkoholsteuer als

neue Massenbelastung einzuführen, scheiterte damit aber an allen anderen Fraktionen.

Das Geld muss dort geholt werden, wo es sich im Übermaß angesammelt hat, meint die KPÖ. Bei den Millionenvermögen der Superreichen und den Milliardenprofitten der Banken und Konzerne, die kaum noch Steuern zahlen.

„Wie kriegt die Politik das Finanzwesen in den Griff, wenn das Finanzwesen die Politik im Griff hat?“ fragte Roman Obrovski, vormaliger oö AMS-Chef recht treffend schon 2009. Zu ergänzen wäre mit Bertolt Brecht: „Bankraub ist eine Unternehmung von Dilettanten. Wahre Profis gründen eine Bank.“

Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

Förderung wofür?

Mit 72.000 Euro subventioniert die Stadt die Nachwuchsförderung des LASK. Dessen Bundesliga-Nachwuchs kommt allerdings von der oö Fußballakademie. Für die KPÖ ein Grund zur Stimmenthaltung: Gegen das System unter LASK-Präsident Reichel und für mehr Transparenz in der Nachwuchsarbeit.

Jobticket wird ausgeweitet

Bereits 3.200 Linzer ArbeitnehmerInnen nutzen das Jobticket und können damit die Jahresnetzkarte um 151 Euro günstiger erwerben. Wie eine KPÖ-Anfrage ergab, haben die Linz Linien jetzt einen Antrag auf Ausweitung des Jobticket auf die Kernzone des OÖ Verkehrsverbundes gestellt.

Handelsketten expandieren

Die Filialen der Handelskonzerne Hofer, Lidl und Spar expandieren durch Ausweitung von Geschäftsflächen und Parkplätzen in den Linzer Stadtteilen. Sie konkurrieren gegeneinander und verdrängen alteingesessene kleine Nahversorger: „Das ist eine bedenkliche Entwicklung für die Infrastruktur“, begründet GR Gerlinde Grönn ihre kritische Haltung dazu.

Frauen unterrepräsentiert

Ziemlich mager ist die Frauenquote in den Aufsichtsräten der stadt-eigenen Unternehmen, ergab eine KPÖ-Anfrage an Bgm. Dobusch: Von 90 Aufsichtsratsmitgliedern sind nur 22 Frauen, in den Vorständen dieser Unternehmen gibt es gar nur eine Frau.

Wird Linz zur Raiffeisen-City?

In der ganzen Stadt wird man vom Giebelkreuz und Sprüchen wie „Impulse für Linz“ regelrecht verfolgt.

Die Raiffeisenlandesbank bestimmt immer stärker die Politik von Land und Stadt. Am deutlichsten auf der Achse zwischen Bahnhof und Europaplatz: Terminal-Tower, LDZ, Energy-Tower, der künftige Lilo-Tower, das Musiktheater, ein Blumau-Tower, die Südbahnhof-Tiefgarage und das Design-Center – überall hat die RLB-Zentrale ihre Finger drin.

Für Bürgermeister Dobusch, ein enger Spezi von Raiffeisen-Boss Scharinger, ist das kein Problem.

Dobusch und sein Spezi

Durch die Kritik der KPÖ an der Bebauung des Areals des ehemaligen Eferdinger Lokalbahnhofes durch drei Hochhäuser unter Federführung Raiffeisens genervt verteidigte er die schwarze Bank. Und wehrte sich dagegen, dass hier eine „hervorragende Investitionspolitik“ und ein „hochwertiges Projekt“ abgewertet werden und die RLB kritisiert wird.



Frauenpolitischen Rückschritt verhindern!

Die Spitalsreform hat weitreichende Folgen für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen.

Mit diesem Konzept droht unter anderem auch die Überführung der Gynäkologischen Abteilung des Linzer AKH in die Landes-Frauen- und Kinderklinik. Neben dem Verlust eines vielfältigen Spektrums der Frauenheilkunde steht auch die Fristenlösungsambulanz zur Disposition. Das AKH Linz ist bis dato die einzige öffentliche Gesundheitseinrichtung in Oberösterreich die Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der

Fristenlösung durchführt.

Fristenlösung in allen Spitälern

Angesichts der bisherigen Weigerung der Gespag-Landesspitäler Schwangerschaftsabbrüche in ihr Leistungsportfolio aufzunehmen, ist es fraglich, ob die Fristenlösung auch in der Landes-Frauen- und Kinderklinik praktiziert wird.

Lippenbekenntnisse von LH Pühringer kein Interesse an Hinterzimmerabbrüchen zu haben, sind keine rechtliche Garantie für das Weiterbestehen der Fristenlösungsambulanz unter Patronanz der Gespag.

Die KPÖ fordert daher, dem Druck der Spitalsreformer nicht nachzugeben und die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen im Rahmen der Fristenlösung in allen Landesspitälern bei Kostenübernahme durch die Krankenkassen.

Aktuell, Nummer 03, Mai 2011

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web <http://ooe.kpoe.at>; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck: digitaldruck.at, Leobersdorf.

Antwortkarte (oder E-Mail an ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

(Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.)

- Kommunalprogramm
- Probeexemplar „Café KPÖ“
- Probeexemplar „Volksstimme“
- Probeexemplar „Die Arbeit“
- Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Postgebühr
zahlt
Empfängerin!

**An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz**